

Eitorf, den 04.12.2009

Amt 50 - Amt für Jugend, Schulen und Soziales

Sachbearbeiter/-in: Heinz-Willi Keuenhof

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Jugend, Integration, Senioren und Soziales 28.01.2010

Tagesordnungspunkt:

Trägerschaft für die Offene Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Die Übertragung der Aufgaben der Offenen Jugendarbeit auf einen freien Träger wird nicht weiter verfolgt.

Begründung:

Der JASA hat sich in 2006/2007 intensiv mit der Frage befasst, ob die Offene Jugendarbeit in Eitorf weiter in Regie der Gemeinde erfolgen oder einem freien Träger (AWO-Kreisverband, Diakonie oder Kath. Jugendwerk) übertragen werden soll.

Nach mehrmaliger Beratung der Thematik und Vorstellung der Konzeption im Fachausschuss durch die Träger hat der JASA am 13.02.2007 (Beschluss-Nr. XII/10/55) einstimmig die Grundsatzentscheidung vertagt, ob die Aufgaben im Bereich der Offenen Jugendarbeit auf einen freien Träger übertragen werden sollen oder nicht. Vielmehr sollte zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Die Offene Jugendarbeit hat sich durch den Neubau für die Jugend, die erweiterten Öffnungszeiten und durch die Angebotsvielfalt sehr positiv entwickelt; dies wird durch das Jugendamt des Kreises als örtlicher Jugendhilfeträger bestätigt.

Kritisch gesehen wurde bei den damaligen Beratungen des Themas im JASA, dass bei Übertragung der Aufgaben der Offenen Jugendarbeit auf einen freien Träger Gestaltungsmöglichkeiten verloren gehen.. Alle freien Träger haben deutlich gemacht, dass bei einer Aufgabenübertragung der Kommune lediglich eine beratende Funktion (z.B. über einen Fach-Beirat) eingeräumt werden kann, nicht jedoch ein Weisungsrecht in die inhaltliche Arbeit und auch keine Kontrollfunktion.

Die Verwaltung sieht auch derzeit keinen Handlungsbedarf für eine organisatorische Änderung und schlägt von daher vor, das Thema „Übertragung von Aufgaben der Offenen Jugendarbeit auf einen freien Träger“ nicht weiter zu verfolgen. Bei späterem Bedarf kann die Thematik wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.